

Beschlussempfehlung

Hannover, den 02.12.2021

Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Einbahnstraße Corona? - Interessen von Kindern und Jugendlichen in und nach der Pandemie stärker berücksichtigen

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/9403

(Es ist keine Berichterstattung vorgesehen.)

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung empfiehlt dem Landtag, den Antrag in folgender Fassung anzunehmen:

Einbahnstraße Corona? - Interessen von Kindern und Jugendlichen in und nach der Pandemie stärker berücksichtigen

Seit mehr als einem Jahr hat die weltweite Corona-Pandemie massive Auswirkungen auf unser tägliches Leben. Verordnungen regeln die Bedingungen unseres Zusammenlebens. Je nach Inzidenzwerten können wir mehr oder weniger unser Leben selbstbestimmt gestalten. Anders als bei Erwachsenen ist für Kinder und Jugendliche jedes Lebensjahr mit Entwicklungsschritten verbunden, die bedeutsam für ihren Weg zum Erwachsenwerden sind.

Welche Auswirkungen das Leben in der Pandemie und die damit verbundenen Einschränkungen auf die Psyche der Kinder und Jugendlichen haben, machen erste Studien deutlich, die Ergebnisse aus Befragungen in der Phase des Lockdowns im Frühjahr 2020 und im Herbst 2020 auswerten.

Zusammengefasst ist festzustellen, dass Kinder und Jugendliche sich der Pandemie und den damit verbundenen Einschränkungen „ohnmächtig ausgeliefert“ fühlen und sich wünschen, „eine Stimme zu haben und gehört zu werden“. Ihnen fehlen die Berücksichtigung ihrer Interessen und Bedürfnisse in der öffentlichen Wahrnehmung.

Auch im Stufenplan wurde an die Kinder und Jugendlichen hauptsächlich über die Bildungseinrichtungen gedacht. Kinder und Jugendliche haben aber im Vergleich zu Erwachsenen spezifische Bedürfnisse. Sie pflegen über ihre „Peers“ soziale Kontakte, die man als Lernorte jenseits der „Bildungsräume KiTa und Schule/Ausbildung“ bezeichnen kann. Diese spielen entwicklungspsychologisch eine bedeutsame Rolle, werden aber bei den Verordnungen nicht gesondert berücksichtigt. In den Medien wird bereits von der „Generation Corona“ gesprochen, ohne zu definieren, was gemeint ist. Mindestens aber ist es ein Begriff, der negativ belegt ist. Festzustellen bleibt, dass die Einschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie für Kinder und Jugendliche eine besondere Belastung bedeuten.

Der Landtag begrüßt

- die Öffnungsmöglichkeiten der Offenen Kinder- und Jugendarbeit während der Pandemie,
- die nun von der EMA empfohlene Impfung für Kinder im Alter von 5 bis 11 Jahren,
- die Durchführung eines digitalen Jugend-Hearings auf Bundesebene unter dem Motto „Corona und die Folgen“,
- die finanziellen Hilfen des Bundes für Familien in der Pandemie, insbesondere das Corona-Aufholpaket,
- das Landesprogramm „Startklar in die Zukunft“, mit dem das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung 25 Millionen Euro beispielsweise für Jugendfeste, SprachCamps oder die Digitalisierung der Kinder- und Jugendarbeit zur Verfügung stellt,

- die Impfpfempfehlung der Ständigen Impfkommission für Jugendliche ab 12 Jahren,
- die Beauftragung einer Studie zu den Auswirkungen von Long Covid bei Kindern durch das Ministerium für Wissenschaft und Kultur.

Der Landtag bittet die Landesregierung, zum Thema

Leben mit Einschränkungen

1. bei den Einschränkungen durch die Verordnung die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen und deren Lebenswelt im Blick zu behalten (altersangemessene Regelungen),
2. anzuerkennen, dass Kinder und Jugendliche durch das Virus anders gefährdet sind als Erwachsene, und dies in der Verordnung / dem Stufenplan entsprechend zu berücksichtigen,
3. Maßnahmen zu entwickeln, die die Folgen der Pandemie für Kinder und Jugendliche abschwächen.

Lebenswelt mit Corona

1. dafür zu sorgen, dass sich soziale Unterschiede hinsichtlich der Lebens-Chancen von Kindern und Jugendlichen in der Pandemie nicht verschärfen (Ausstattung mit digitalen Endgeräten / ausreichende Internetverbindungen, Mittagessen, Nachhilfeunterricht, Kinderschutz/Sorgentelefon),
2. die Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen bei Lockerungen zu berücksichtigen und neben den „Freiheiten“ der Erwachsenen (Einkauf, Restaurant) die Freiheiten der Kinder und Jugendlichen zu definieren (Treffen von Jugendlichen mit Maske draußen möglich, Freizeiten mit fester Gruppe von zehn Personen, gemeinsame Übernachtungen etc.),
3. die Träger der Kinder- und Jugendarbeit so auszustatten, dass sie mit den Jugendlichen (auch digital) Kontakt halten können (Ziel muss es sein, die Sport-, Kultur- und anderen Freizeitmöglichkeiten aufrechtzuerhalten),
4. Jugendgruppenleiterinnen- und Jugendgruppenleiter-Kurse und Fortbildung für Ehrenamtliche auch unter Pandemiebedingungen zu ermöglichen und ausgefallene eventuell nachzuholen,
5. primäre Präventionsmaßnahmen (U-Untersuchung, Schuleingangsuntersuchung etc.) sicherzustellen,
6. Familien in Quarantäne-Zeiten zu unterstützen,
7. in (digitalen) Beteiligungswerkstätten zu klären, welche konkreten Auswirkungen die Pandemie auf Familien hat und welche Unterstützungen erforderlich wären, um zu verhindern, dass aus dieser Zeit dauerhafte/lebenslange Nachteile für die Kinder und Jugendlichen entstehen,
8. differenzierte Impfaufklärung in den Praxen für Kinder und Eltern zu unterstützen,
9. das Betreuungspersonal in den entsprechenden Einrichtungen zur Impfung aufzurufen.

Zukunft nach Corona

1. die Auswirkungen der „Corona-Zeit“ und die damit verbundenen Restriktionen auf Kinder und Jugendliche zu analysieren und Handlungsoptionen aufzuzeigen, um Nachteile für besonders betroffene Kinder und Jugendliche auszugleichen. Diese könnten folgende Angebote enthalten: Ausgleich sozialer, motorischer und kognitiver Entwicklungsbeeinträchtigungen/-verzögerungen bei Kindern, verkleinerte Klassengröße, Nachhilfeunterricht, Gesprächsangebote, niedrigschwellige außerschulische Angebote, Erarbeitung von Workshop-Angeboten mit Trägern der Jugendhilfe,
2. die „Leistungen“ der Kinder und Jugendlichen im Umgang mit der Pandemie und den damit verbundenen Anstrengungen positiv anzuerkennen und zu würdigen (Eigenverantwortung, Selbststrukturierung, Zeitmanagement),

3. einen Diskurs über die psychologischen Auswirkungen der Pandemie auf Kinder und Jugendliche zu führen (z. B. mit den Trägern der Kinder- und Jugendhilfe) und, wenn notwendig, Kapazitäten in Beratungsstellen zu erweitern,
4. nach der Pandemie eine Hochschule mit einer Untersuchung zu den Folgen und der Situation von Kindern und Jugendlichen nach Corona zu beauftragen,
5. die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Gestaltung des Lebens in und nach der Pandemie z. B. durch Beteiligungs- oder Jugendwerkstätten zu ermöglichen, um sie so aktiv in Maßnahmen einzubinden,
6. Maßnahmen aus den Ergebnissen der Werkstätten abzuleiten, um die Situation von Kindern und Jugendlichen nach der Pandemie in den Blick zu nehmen und diese Zielgruppen zu stärken.

Impfungen für Kinder und Jugendliche

1. zeitnah die Impfstrategie weiterzuentwickeln, um möglichst viele Kinder und Jugendliche mit einer Impfung zu schützen,
2. eine landesweite Informationsstrategie auf den Weg zu bringen, die Eltern und Kinder über die Vorteile und die Risiken einer Impfung aufklärt,
3. dafür zu sorgen, dass alle Kinder und Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen einen Zugang zu einer Impfung erhalten.

Holger Ansmann
Vorsitzender